

II-2386 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 12821J

1991-06-19

D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser
und Genossen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend: skandalöse Äußerung des Kärntner Landeshauptmannes
Dr. Haider zur "ordentlichen Beschäftigungspolitik
im Dritten Reich"

Am 13. Juni 1991 fand im Kärntner Landtag eine Debatte über die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose und über das sogenannte "Sozialschmarotzertum" statt, in deren Zuge der Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider unter anderem folgende Äußerung abgab:

"Nein, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muß man auch einmal sagen."

In vielen Stellungnahmen und Kommentaren, ebenso wie in Meldungen der Print- und auch der elektronischen Medien, wurde darauf hingewiesen, daß die "Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" mit den Begriffen Aufrüstung, Vorbereitung und Durchführung eines verbrecherischen Eroberungskrieges, Zwangsarbeit, Konzentrationslager, millionenfachem Massenmord usw. verbunden war. Eine derartige Politik kann und darf niemals auch nur in Teilaspekten als Vorbild oder Maßstab für die Beschäftigungspolitik des demokratischen Österreich herangezogen werden!

- 2 -

Der Kärntner Landeshauptmann hat die zitierte Äußerung in der Folge - noch dazu mehr als halbherzig - zurückgezogen und darauf verwiesen, daß diese Äußerung der Situation in einer erregten Landtagsdebatte entsprungen sei. Gerade dieser Umstand läßt aber auf eine tief verwurzelte Einstellung schließen, die auch durch eine Reihe von Äußerungen des Kärntner Landeshauptmannes und FPÖ-Vorsitzenden in der Vergangenheit unterstrichen wird. In diesem Zusammenhang wäre - nur beispielsweise - auf einige Äußerungen zu verweisen:

In einer Rede am Kärntner Ulrichsberg im Oktober 1990 beim alljährlichen Treffen der alten Wehrmachts- und SS-Kameraden sagte Haider u.a.: *"Unsere Soldaten waren nicht Täter, sie waren bestenfalls Opfer."* Er führte ferner aus, daß diesen Soldaten Freiheit und Demokratie zu verdanken sei, was auch deren Kritiker, *"die sich ohne ihr eigenes Zutun ins gemachte Nest der Demokratie und der Wohlstandsgesellschaft gelegt haben,"* anerkennen sollten. *"Meine Damen und Herren, geistige Freiheit ist in einer Demokratie etwas Selbstverständliches, aber sie findet dort ihre Grenzen, wo Menschen jene geistige Freiheit in Anspruch nehmen, die sie nie bekommen hätten, hätten nicht andere für sie den Kopf hingehalten, daß sie heute in Demokratie und Freiheit leben könne."*

"Sie wissen so gut wie ich, daß die österreichische Nation eine Mißgeburt, eine ideologische Mißgeburt gewesen ist."

(ORF-Inlandsreport vom 18. August 1988)

An dieser Äußerung ist insbesondere die Parallelität zu Hitlers "Mein Kampf" (S. 425) auffallend, wo Österreich als die wohl größte Mißgeburt des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird.

"Erst die Niederlage des 'Großdeutschen Reiches' führte zur Geburt des sogenannten volksösterreichischen Gedankens. Damit steht Österreich vor der Wahl, die seine Entwicklung auf unabsehbare Zeit entscheidet, und das deut-

- 3 -

sche Volk vor der Gefahr, weitere sieben Millionen Menschen zu verlieren. Die politische Lage hat ... die nationalen Kräfte in Österreich vor neue Aufgaben gestellt. Die vornehmste dieser Aufgaben ist die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind."

(Dr. Jörg Haider am Bundesparteitag der FPÖ am 14. September 1986 in Innsbruck)

"Die FPÖ ist keine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Denn wäre sie dies, hätte sie die absolute Mehrheit"

(Pressekonferenz in Klagenfurt am 17. Februar 1985)

Abgesehen von diesen deutlich von nationalsozialistischem Gedankengut geprägten Äußerungen läßt eine nähere Untersuchung der Diktion von Dr. Haider diese Einstellung auch in einer Reihe von - auf den ersten Blick unbedenklichen - Aussagen erkennen, wenn er etwa von den "Goldfasanen" spricht oder typische Redewendungen des "Dritten Reiches" - mit entsprechender Bezugnahme auf die österreichische Innenpolitik - zu seinen eigenen macht.

Auch die Zurücknahme derartiger Äußerungen erfolgt in einer Weise, daß sie - wie in einem Kommentar zur jüngsten Äußerung von Landeshauptmann Haider geschrieben wurde - von den Zielgruppen schon richtig verstanden wird.

Die Äußerungen des Kärntner Landeshauptmannes werden von einigen hochrangigen Vertretern seiner Partei voll unterstützt. Hier wäre etwa auf die Äußerung des burgenländischen Landesparteiobmannes Dr. Rauter zu verweisen, der in der Pressestunde des ORF am 16. Juni 1991 u.a. erklärte:

"Mich kotzt es an, daß Politiker lügen, betrügen und stehlen dürfen. Wenn jemand die Wahrheit sagt, wird er medial fertiggemacht. Ich find' das wirklich ungeheuerlich, weil es notwendig ist, daß man über bestimmte Themen endlich einmal die Wahrheit sagen darf."

- 4 -

Demokratiapolitisch bedenklich sind auch die Reaktionen von Landeshauptmann Dr. Haider, wenn er etwa die Berichterstattung der Medien kritisiert und von einer "Hinrichtungsmaschinerie des ORF" oder von "massenmedialen Psychoterrormethoden" spricht, oder wenn er aufgrund des Tätigwerdens der Kärntner Staatsanwaltschaft ankündigt, im Falle einer Anklage gegen ihn wegen des Verdachts der Wiederbetätigung "österreichweit gegen die Justiz mobilisieren" zu wollen.

Die Aussagen des Kärntner Landeshauptmannes bergen die Gefahr in sich, daß die österreichische Bevölkerung mit solchen Einstellungen identifiziert wird. Dadurch kann der Republik Österreich nachhaltig Schaden zugefügt werden.

Das internationale Ansehen eines Staates wird durch eine Reihe von Faktoren geprägt:

Durch die Art und Weise des Agierens führender Repräsentanten des Staates, durch das Ausmaß, in dem Demokratie, Menschenrechte und soziale Sicherheit verwirklicht sind; durch das Verhalten seiner Repräsentanten nach außen; durch die Qualität der kulturellen Leistungen, durch die Bewältigung historischer Ereignisse und vieles mehr.

Es steht außer Zweifel und gilt für kleinere Staaten in besonderem Maße, daß das internationale Ansehen in einer sich immer mehr vernetzenden Welt unmittelbare Rückwirkungen nicht nur auf die wirtschaftlichen, sondern auch auf die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen jedes einzelnen hat.

Es ist auch unbestritten, daß sich Österreich in den letzten 45 Jahren ein beachtliches Ansehen in der Welt, insbesondere in der demokratischen Staatengemeinschaft schaffen konnte und daß dieses positive Bild unseres Landes in der Welt ein Faktor dafür ist, daß die Lebensbedingungen in unserem Staat von den Bürgern als positiv empfunden wird.

Für das Bild Österreichs in der demokratischen Staatengemeinschaft war es in den letzten Jahrzehnten insbesondere auch aus-

- 5 -

schlaggebend, wie sich führende Repräsentanten Österreichs gegenüber dem verbrecherischen System des Nationalsozialismus und den beispiellosen Greuelthaten, die dieses Regime verursacht hat, verhalten und geäußert haben.

Seit der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 hat keine Bundesregierung - unabhängig von der politischen Zusammensetzung - den geringsten Zweifel daran aufkommen lassen, daß das System des Nationalsozialismus als ganzes als verabscheuungswürdig und verbrecherisch einzuschätzen ist und daß Verharmlosungen oder gar Verherrlichungen auch nur von Teilaspekten dieses Systems zu verurteilen sind.

Die eindeutigen und unmißverständlichen Reaktionen zur Äußerung von Landeshauptmann Dr. Haider haben mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die von Dr. Haider gemachte Äußerung in keiner Weise dem politischen Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung entspricht. Im Zuge dieser Diskussion wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß derartige Aussagen Dr. Haiders geeignet sind, die demokratische Gesinnung der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes in Verruf zu bringen und daß es nunmehr Aufgabe aller verantwortungsbewußten Repräsentanten dieses Staates ist, in ihrem Wirkungsbereich dafür einzutreten, daß ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Republik Österreich gezeichnet wird.

Die strafrechtliche Qualität des Ausspruches des Kärntner Landeshauptmannes wird - ebenso wie die Unterstützung dieser Äußerung durch den burgenländischen FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Rauter - von der unabhängigen Justiz zu beurteilen sein.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

- 6 -

A n f r a g e

1. Wie beurteilen Sie die außenpolitischen Auswirkungen der Äußerung von Landeshauptmann Dr. Haider?
2. Sind Ihnen bereits Reaktionen zu dieser Äußerung aus dem Ausland bekannt geworden?
3. Was werden Sie zur Minimierung des außenpolitischen Schadens unternehmen, der durch die Äußerung des Kärntner Landeshauptmannes bereits entstanden ist oder noch entstehen könnte?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.